Deutscher Bundestag **Drucksache 15/1325**

15. Wahlperiode 01. 07. 2003

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Peter H. Carstensen (Nordstrand), Albert Deß, Gerda Hasselfeldt, Peter Bleser, Klaus Brähmig, Gitta Connemann, Helmut Heiderich, Ursula Heinen, Uda Carmen Freia Heller, Dr. Peter Jahr, Julia Klöckner, Marlene Mortler, Bernhard Schulte-Drüggelte, Kurt Segner, Jochen Borchert, Cajus Caesar, Hubert Deittert, Thomas Dörflinger, Susanne Jaffke, Heinrich-Wilhelm Ronsöhr, Dr. Klaus Rose, Anita Schäfer (Saalstadt), Norbert Schindler, Georg Schirmbeck, Max Straubinger, Volkmar Uwe Vogel und der Fraktion der CDU/CSU

zu der Unterrichtung durch die Bundesregierung
– Drucksache 15/405 –

Ernährungs- und agrarpolitischer Bericht 2003 der Bundesregierung

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

– Die Bundesregierung hat die im Rahmen der Diskussion zur sog. Agrarwende geweckten Erwartungen auch im Wirtschaftsjahr 2001/2002 bei weitem nicht erfüllt. Die strukturelle und wirtschaftliche Situation der Landwirtschaft hat sich seitdem gravierend verschlechtert.

– Die Einkommen der deutschen Landwirte befinden sich auf dramatischer Talfahrt. Im Wirtschaftsjahr 2001/2002 ist der durchschnittliche Gewinn je Unternehmen in den Haupterwerbsbetrieben gegenüber dem Vorjahr um 6,6 Prozent auf 33 593 Euro gesunken. Während Ackerbaubetriebe (21,7 Prozent der Betriebe) ihren Gewinn um 9,6 Prozent steigern konnten, verringerte sich der Gewinn der Milch-, Futterbau-, Veredlungs- und Gemischtbetriebe um 9,1 Prozent. Damit sind 67 Prozent der Betriebe von erheblichen Einkommenseinbußen betroffen. Das Unternehmensergebnis der Nebenerwerbsbetriebe lag im Wirtschaftsjahr 2001/02 bei durchschnittlich 5 750 Euro und damit etwa 8,8 Prozent unter dem Stand des Vorjahres.

– Nach den bisher vorliegenden Daten zeichnet sich für das laufende Wirtschaftsjahr 2002/2003 im Durchschnitt der Haupterwerbsbetriebe eine nochmalige Verschlechterung der Ertragslage um weitere 15 bis 20 Prozent ab. Die anhaltend mangelnde Investitionstätigkeit und die zunehmende Zahl der Betriebsaufgaben muss als Besorgnis erregendes Warnsignal angesehen werden. Zusammen mit den zu erwartenden Einkommenseinbußen durch die EU-Agrarreform ist eine ernsthafte Gefährdung der Landwirtschaft mit negativen Folgen für eine flächendeckende, ökologisch sinnvolle Landbewirtschaftung sowie die soziale und wirtschaftliche Stabilität im ländlichen

Raum zu befürchten. Eine intakte bäuerliche Landwirtschaft ist auch Grundlage für die Ferienangebote „Urlaub auf dem Bauernhof“ sowie für die Pflege attraktiver Erholungslandschaften, die wichtige Elemente in der Angebotsvielfalt des Tourismusstandortes Deutschland darstellen.

– Der gewerbliche Vergleichslohn und damit die Zielstellung des Landwirtschaftsgesetzes wurden von 77 Prozent der Haupterwerbsbetriebe – gegenüber 72 Prozent im Vorjahr – nicht erreicht. Die Schere zwischen landwirtschaftlichem Einkommen und gewerblichem Vergleichslohn öffnet sich weiter. Die grundsätzlichen Einkommensprobleme verschärfen sich zunehmend. Das im Landwirtschaftsgesetz festgeschriebene Ziel der Teilnahme der Landwirtschaft an der allgemeinen Einkommensentwicklung ist deutlich verfehlt worden.

– Der Strukturwandel in der Landwirtschaft hat sich weiter beschleunigt. Während die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe in den beiden Vorjahren um 2,9 bzw. 2,5 Prozent abnahm, gaben im Jahr 2002 bereits 4,2 Prozent der Landwirte ihren Betrieb auf.

– Das Gewinnniveau ist in den von der Natur benachteiligten Gebieten deutlich niedriger und die Gewinne sind stärker zurückgegangen als in anderen Gebieten. Der Einkommensrückgang in den benachteiligten Gebieten war mit mehr als 10 Prozent überdurchschnittlich hoch. Der Gewinnunterschied zu nicht benachteiligten Gebieten wuchs auf knapp 10 000 Euro pro Unternehmen an.

– Im Wirtschaftsjahr 2001/2002 haben die spezialisierten Milchbetriebe und die sonstigen Futterbaubetriebe unbefriedigende Gewinne erzielt, obwohl die Milchpreise im Wirtschaftsjahr 2001/2002 noch günstig waren. Die Futterbaubetriebe haben für die Aufrechterhaltung einer flächendeckenden Landbewirtschaftung und der Pflege der Kulturlandschaft jedoch eine herausragende Bedeutung. Diese Leistung wird nicht genügend honoriert. Die derzeitig sinkenden Milchpreise werden zu weiteren Gewinneinbrüchen bei den Milchviehbetrieben führen. Es ist deshalb zu befürchten, dass insbesondere in den von der Natur benachteiligten Gebieten viele Betriebe aufgeben werden.

– Der dem bundeseinheitlichen Bio-Siegel zugrunde liegende EG-Öko-Standard führt dazu, dass Bioprodukte mit geringeren Anforderungen im Hinblick auf die Erzeugung auf den Markt kommen und so die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Biobauern beeinträchtigen sowie zu erheblichen Einkommenseinbußen führen.

– Die bereinigte Eigenkapitalbildung ist im Wirtschaftsjahr 2001/2002 um rund 40 Prozent gegenüber dem Vorjahr zurückgegangen. Die ausgewiesene Eigenkapitalbildung reicht nicht für die notwendige Finanzierung von Erweiterungsinvestitionen aus Eigenmitteln aus. Da gleichzeitig die Verbindlichkeiten der Betriebe bei rückläufigem Bilanzvermögen zugenommen haben, hat sich die Finanzierung der Betriebe verschlechtert.

– Die Nettoinvestitionen sind nach dem Rückgang im Vorjahr im Wirtschaftsjahr 2001/2002 auf nahezu gleich niedrigem Niveau geblieben. Dies ist ein eindeutiger Hinweis auf die pessimistische Stimmung und negative Einschätzung der Landwirte hinsichtlich ihrer Entwicklungsmöglichkeiten und Zukunftsperspektiven. Als eine Ursache ist die Verunsicherung der Landwirte durch die zunehmenden Wettbewerbsnachteile der deutschen Landwirtschaft durch nationale Alleingänge und die auf die Wendediskussion der Bundesregierung zurückgehende mangelnde Planungssicherheit und Transparenz hinsichtlich ihrer Zukunftsperspektiven zu sehen.

- Die immer niedrigeren Agrarpreise führen zu einer erheblichen Verbraucherentlastung. Die deutschen Verbraucher geben derzeit 12 Prozent ihres ausgabefähigen Einkommens für Nahrungsmittel aus, wovon wiederum nur 27 Prozent in die Landwirtschaft fließen. Gleichzeitig liegen die landwirtschaftlichen Einkommen erheblich unter dem gewerblichen Vergleichslohn.
- Die Bundesregierung hat durch ihre Haushalts-, Finanz- und Agrarsozialpolitik, die weit überzogenen Umsetzungen der EU-Richtlinien, ihre Unflexibilität bei der Zulassung von Pflanzenschutzmitteln und praxisfremde Auflagen bei deren Ausbringung, die Naturschutzgesetzgebung, die Aufblähung der Bürokratie und die einseitige Ausrichtung der Agrarpolitik auf den ökologischen Landbau die deutsche Landwirtschaft im europäischen Wettbewerb erheblich benachteiligt.
- Die unterschiedliche Energiebesteuerung innerhalb der EU führt insbesondere für deutsche Betriebe zu erheblichen Wettbewerbsnachteilen. Das im Jahr 2001 beschlossene Besteuerungsgesetz für Agrardiesel legt mit rund 25,6 Cent einen extrem hohen Steuersatz fest. So liegt der entsprechende Streuersatz in Dänemark bei 0,0, in Großbritannien bei 5,2 Cent und in Frankreich bei 8,1 Cent.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

- die Agrarpolitik ideologiefrei zu gestalten und für die deutsche Landwirtschaft Rahmenbedingungen zu schaffen, in denen sie sich auch unter den Bedingungen der EU-Erweiterung und des zunehmenden globalen Liberalisierungsdruckes gut entwickeln und die berechtigten Anliegen der Gesellschaft an die Umweltleistungen der Landwirtschaft sowie die Gesundheits-, Verbraucher- und Tierschutzstandards erfüllen kann. Dazu gehören vor allem,
  - generell bei der Ausgestaltung der Agrarpolitik Gesichtspunkte der Wettbewerbsverbesserung der landwirtschaftlichen Betriebe wieder zu berücksichtigen, damit die Einkommen in der Landwirtschaft sich im Vergleich zu anderen Wirtschaftsbereichen nicht noch weiter negativ entwickeln;
  - eine Absenkung der Steuerlast auch für bäuerliche Betriebe; Umsetzung von EU-Richtlinien nicht über den 1:1-Maßstab hinaus, deshalb Rückführung der Regelungen für die Umweltverträglichkeitsprüfung; Abbau der Bürokratie; zukunftsorientierte Weiterentwicklung des agrarsozialen Sicherungssystems; Unabhängigkeit der Fördermaßnahmen von der Bewirtschaftungsform;
  - grundsätzliche Überprüfung aller Maßnahmen bezüglich ihrer Auswirkungen auf die Wettbewerbsfähigkeit der landwirtschaftlichen Betriebe;
- den ökologischen Landbau entsprechend den Realitäten des Marktes weiterzuentwickeln. Überzogenes, am Markt vorbeigehendes Anheizen der Produktion beschädigt insbesondere die bestehenden Öko-Betriebe;
- mit der Novellierung des Baugesetzbuchs Stallbauten und damit die Investitionsbereitschaft der Landwirte nicht zu behindern;
- die nationale Modulation unverzüglich auszusetzen;
- für die Honorierung der Gemeinwohlleistungen der Landwirtschaft Sorge zu tragen;
  - den Agrarhaushalt nicht einseitig zu kürzen, und die Wettbewerbsfähigkeit der landwirtschaftlichen Betriebe weiter zu verschlechtern;
  - notwendige Maßnahmen zur Verwaltungsvereinfachung in der Landwirtschaft und den Agrarverwaltungen einzuleiten;

– wirksam gegen den Missbrauch von Nahrungsmitteln zur Kundenwerbung durch Tiefstpreise vorzugehen;
– auf EU-Ebene die Zulassung von Marker-Impfstoffen gegen Maul- und Klauenseuche und Schweinepest sowie den Wegfall der Handelsrestriktionen, die bisher für den Fall des Impfens gelten, zu erreichen;
– den Verbraucherschutz im Nahrungsmittelbereich auf EU-Ebene konsequent auszubauen und Defizite unverzüglich zu beseitigen;
– bei den laufenden WTO-Verhandlungen das europäische Landwirtschaftsmodell zu sichern;
– die Einfuhr von Lebensmitteln aus Drittstaaten, die keine glaubhaften Seuchen-, Antibiotika- und Hormonfreiheitszertifikate nachweisen können, zu verbieten.

Berlin, den 1. Juli 2003

Peter H. Carstensen (Nordstrand)
Albert Deß
Gerda Hasselfeldt
Peter Bleser
Klaus Brähmig
Gitta Connemann
Helmut Heiderich
Ursula Heinen
Uda Carmen Freia Heller
Dr. Peter Jahr
Julia Klöckner
Marlene Mortler
Bernhard Schulte-Drüggelte,
Kurt Segner
Jochen Borchert
Cajus Caesar
Hubert Deittert
Thomas Dörflinger
Susanne Jaffke
Heinrich-Wilhelm Ronsöhr
Dr. Klaus Rose
Anita Schäfer (Saalstadt)
Norbert Schindler
Georg Schirmbeck
Max Straubinger
Volkmar Uwe Vogel
Dr. Angela Merkel, Michael Glos und Fraktion

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333